

AMBERGER ZEITUNG

AMBERGER VOLKSZEITUNG

Nr. 238 · FREITAG, 16. OKTOBER 2009

WWW.OBERPFALZNETZ.DE · 1,30 EURO

Union und FDP vor Schlusspurt

Berlin. (dpa/AFP) Schwarz-Gelb setzt zum Schlusspurt an. In einer dreitägigen Klausurtagung wollen die Spitzen von Union und FDP von heute an den Großteil ihrer Streitpunkte klären. Die Parteichefs Angela Merkel, Horst Seehofer und Guido Westerwelle richten sich auf längere Nachtsitzungen ein.

Die Streitthemen Gesundheit und Steuern waren am Donnerstag trotz nahezu pausenloser Beratungen weiter ungeklärt. Dennoch gab es in den Arbeitsgruppen weitere Einigungen, und auch bei den heiklen Fragen der inneren Sicherheit erzielten die künftigen Koalitionäre Kompromisse:

■ **Sittenwidrige Löhne:** Einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn wird es weiterhin nicht geben. Dafür kündigte CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla ein gesetzliches Verbot von sittenwidrigen Löhnen an. Das ist der Fall, wenn die Bezahlung ein Drittel unter dem Durchschnitt des branchenüblichen Lohnes liegt.

■ **Längere Laufzeiten:** Union und FDP sind für längere Laufzeiten für Atomkraftwerke, die als sicher gelten. Konkrete Angaben wie Jahreszahlen oder Ausgleichszahlungen der Atomkonzerne sollen im Koalitionsvertrag nicht genannt werden.

■ **Bildungssparen:** Der Staat soll die Vorsorge für die Ausbildung von Kindern fördern wie das Bausparen. Auf „Zukunftskonten“ zahlt der Staat für jedes Kind einmalig eine Prämie von 150 Euro. Wenn Eltern oder Verwandte Geld auf dieses Bildungskonto einzahlen, sollen diese Beiträge steuerlich begünstigt werden. Zum anderen sollen begabungsabhängige Stipendien von Bund und Ländern nahezu verzehnfacht werden.

■ **Innere Sicherheit:** Bei der Vorratsdatenspeicherung soll die Nutzung der Daten auf schwere Gefahrensituationen beschränkt werden. Das Bundeskriminalamt soll bei kinderpornografische Seiten zunächst versuchen, diese zu löschen statt zu sperren. Nach einem Jahr sollen die Erfahrungen mit der Löschung ausgewertet werden.

Für heimliche Online-Durchsuchungen von Computern muss künftig die Generalbundesanwaltschaft einen Antrag stellen, nicht das Bundeskriminalamt. Die Höchst-Jugendstrafe bei Mord soll von zehn auf 15 Jahre erhöht werden. Auch soll es künftig einen sogenannten Warnschussarrest geben. Er kann neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe angeordnet werden und bis zu vier Wochen betragen.



Diese Karte rettet Leben

Nürnberg. (dpa) Eine Rettungskarte hinter der Sonnenblende soll der Feuerwehr künftig beim Befreien eingeklemmter helfen. „Jede Unsicherheit, wo die Rettungsschere angesetzt werden kann, führt zu Verzögerungen“, so der ADAC bei der Vorstellung des Pilotprojekts in Nürnberg. Die Skizze zeigt, wo etwa Batterien, Gassensoren oder Gurtraffer verbaut sind. Unter www.rettungskarte.de gibt es bereits jetzt für zahlreiche Fahrzeugtypen die Karte zum Ausdrucken. Bild: dpa

Der Staat setzt mehr Geld denn je in den Sand

Schwarzbuch des Steuerzahlerbundes prangert 128 Fälle an

Berlin. (dpa/AFP) Bund, Länder und Gemeinden werden nach Ansicht des Steuerzahlerbundes im Krisenjahr 2009 soviel Steuergelder in den Sand setzen wie nie zuvor. Das Gesamtvolumen sei noch nicht abzusehen, sagte der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Karl Heinz Däke, am Donnerstag in Berlin. Es werde aber deutlich über den bisher geschätzten fünf Prozent des Staatshaushaltes liegen.

Däke forderte Union und FDP auf, ihr Wahlversprechen massiver Steuerersenkungen auch umzusetzen. Zugleich verlangte er deutliche Einsparungen. Das Schwarzbuch „Die öffentliche Verschwendung 2009“ listet 128 Fälle von Fehlplanungen, Kostenexplosionen oder andere Schildbürgerstreiche auf.

So habe Dresden seine seit mehr als fünf Jahre gehegten Hoffnungen

buchstäblich begraben müssen, für die Bebauung des Wiener Platzes am Hauptbahnhof einen Investor zu finden. Allein die Erschließung des Grundstückes habe 151 Millionen Euro gekostet, davon 87 Millionen Eigen- und 64 Millionen Fördermittel. Die Sicherung der Baugrube verschlinge monatlich 30000 Euro. Nun will sie die Stadt wieder zuschütten – für weitere zwei Millionen Euro.

Der Steuerzahler müsse zudem zehn Jahre nach dem Umzug immer noch für Baumängel an Bundesbauten in Berlin aufkommen. „So wurde im Bundestag die Verglasung von Aufzugsschächten für 300000 Euro mit Splitterschutzfolie beklebt. Glasscheiben, die aufgrund von Fassadenabsenkungen barsten, wurden in den Bundestagsgebäuden für 3,5 Millionen Euro ausgetauscht.“

Sachsen-Anhalt habe das Fördergeld der EU von jährlich 230000 Euro für die Öffentlichkeitsarbeit in der Landwirtschaft für das Kunstprojekt „Ökomenta 09“ ausgegeben. Unter

anderem sei „für Nutztiere musiziert und eine Nutztiermodenschau veranstaltet“ worden.

Die Hauptstadt verschenke drei Millionen Euro Steuergelder an den exklusiven Golfclub Wannsee. Der gut situierte Club schloss für die Nutzung des Geländes einen Erbbaurechtsvertrag für eine Einmalzahlung in Höhe von rund drei Millionen Euro ab. Das Doppelte wäre für die Stadt möglich gewesen, weil der Club 2010 seine Gemeinnützigkeit verliert.

Dämpfer für Tirschenreuth

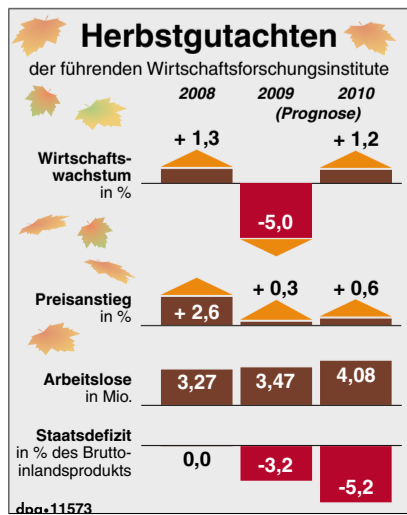
In Köln werden 100000 Euro im Jahr ausgegeben, um den Heinrich-Böll-Platz zum Zwecke des Schallschutzes etwa drei Mal täglich abzusperren. Der Grund: Unter dem Platz probt und spielt die Philharmonie. Ärgerlich für Tirschenreuth: Auch die geplante Verlagerung des Amtes für Ländliche Entwicklung von Regensburg ins Stiftland prangert der Steuerzahlerbund als Steuerverschwendung an. (Seite 3)

Schwarz-Gelb ohne klaren Kurs

Wirtschaftsforscher vermissen ein Konzept – Solms: „Licht am Ende des Tunnels“

Berlin. (dpa) Deutsche Wirtschaft im Aufschwung, doch Schwarz-Gelb droht die Schuldenfalle: Schneller als erwartet springt die Konjunktur 2010 an, sagen die führenden Wirtschaftsforscher voraus. Und dennoch sehen sie schwarz für Steuersenkungen im großen Stil. Die Regierung aus Union und FDP sei stattdessen gefordert, Milliarden bei Gesundheits- und Sozialausgaben einzusparen, heißt es im Herbstgutachten der Forschungsinstitute. Es wurde am Donnerstag in Berlin vorgestellt.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird nach Einschätzung der Ökonomen 2010 um 1,2 Prozent wachsen. Im laufenden Jahr rechnen die Experten mit einem Einbruch von fünf Prozent. Verwundert sind die Institute, dass in den schwarz-gelben Koalitionsverhandlungen kein klarer Kurs in der Steuer- und Haushaltspolitik



zu sehen sei. „Es kann nicht sein, übers Wochenende ein paar Wohltaten zu verteilen. Es muss doch ein Konzept her“, sagte Joachim Scheide vom IfW Kiel. Wer Steuersenkungen verspreche, müsse sagen, wie er das bezahlen wolle. Schwarz-Gelb dürfe die Probleme nicht auf die lange Bank schieben. Es gebe Luft für Einsparungen von 30 Milliarden Euro.

Bei den geplanten Steuersenkungen meldeten die Verhandlungsführer Thomas de Maizière (CDU) und Hermann Otto Solms (FDP) unterdessen eine Annäherung. „Man sieht wirklich Licht am Ende des Tunnels“, sagte Solms nach mehr als achtstündigen Verhandlungen der Arbeitsgruppe bis tief in die Nacht. Eine Einigung steht aber noch aus. Die Union strebt Entlastungen um 15 Milliarden Euro an, die FDP im Volumen von jährlich 35 Milliarden Euro.

Pronold und Heil in Fraktionspitze

Berlin. (dpa) Der neue SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier will die Fraktionspitze deutlich verjüngen. Der bisherige SPD-Generalsekretär Hubertus Heil und der bayerische SPD-Landesvorsitzende Florian Pronold (beide 36) sollen Fraktions-Vize werden. Beide sollen sich um die Wirtschaftspolitik kümmern.

Auch die bisherige brandenburgische Gesundheitsministerin Dagmar Ziegler (49), die neu in den Bundestag gewählt wurde, soll auf Anhieb in die Fraktionspitze aufrücken. Der bisherige Arbeitsminister Olaf Scholz (51) wird als weiterer Steinmeier-Stellvertreter die Zuständigkeit für Innen und Recht erhalten. Insgesamt soll die neue Führung neun Stellvertreter-Posten zählen, obwohl der Fraktion nur noch 146 Mitglieder angehören, 76 weniger als in der letzten Wahlperiode. (Kommentar)

SIE LESEN HEUTE

THEMEN DES TAGES

Löscheinsatz an der Bauernfront

„Die Kampagne, die momentan gegen den Bauernverband läuft, spottet jeder Beschreibung“, sagt Präsident Gerd Sonnleitner im Gespräch mit unserer Zeitung. Er kämpft für den Zusammenhalt der Landwirte, auch in Sachen Milch. Dem Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) wirft er blinden Aktionismus und unhaltbare Versprechungen vor. (Seite 3)

TV-MAGAZIN



LANDESPOLITIK

Strafbefehl gegen Bischof Williamson

Die Staatsanwaltschaft Regensburg hat für den wegen Leugnung des Holocausts beschuldigten Bischof Richard Williamson (69) einen Strafbefehl beantragt. Dieser lautet auf den Vorwurf der Volksverhetzung. Williamson, der zur umstrittenen Piusbruderschaft gehört, könnte mit einer Geldstrafe davonkommen. (Seite 5)

BÖRSE

DAX	5830,77	-0,40%
EuroSTOXX	2939,09	-0,40%
1 Euro	1,4864	US-Dollar

WETTER

morgens	mittags	abends
1°	2°	2°

SERVICE

Amberger Zeitung
Mühlgasse 2
92224 Amberg

Abo-Service: Tel. 0800 859 859 9
Anzeigen: Tel. 0800 337 638 3
(kostenlose Hotlines)
Redaktion: Tel. (09621) 306-258
E-Mail: AZinfo@zeitung.org

